

Banken, Brot und meine Politik

In diesem Sommer und Herbst geschehen einige Dinge, die gut erklären, warum ich mich politisch engagiere. Banker haben den Euro in die Keller spekuliert – und den Franken in den Himmel. Für die Arbeitenden ist dieser Himmel die Hölle. Zehntausende von Existenzen sind in Gefahr, weil die Exportindustrie mit Entlassungen und Auslagerungen droht.

Ungemütlich.

Ein Problem ist: Diese Entwicklung gefährdet den Werkplatz Schweiz. Wir brauchen eine aktive Industriepolitik. Nicht zuschauen, wie Wissen ins Ausland verlagert und für das Land verloren geht. Bundesrat, Nationalbank und Parlament müssen den starken Franken bekämpfen und die industrielle Zukunft der Schweiz planen. Problem Nummer 2 ist, dass sich SVP, die Neoliberalen und mit ihnen die ganze Rechte Europas über die doppelte Krise freuen. Sie dient ihnen als Vorwand, die Zerstörung der modernen sozialen Errungenschaften und der Demokratie zu betreiben. Stoppen wir sie nicht, geraten wir in eine historische Krise. Das dritte Problem sind manche Unternehmer: Sie lassen länger arbeiten, ohne Lohn. Andere führen illegale Eurolöhne ein. Dritte senken die Löhne.

Wollen Sie noch?

Gegen dieses Dumping können wir Gewerkschaften und SP einiges tun. Oft sind wir dabei erfolgreich. Denn in der Schweiz gibt es Gesamtarbeitsverträge und andere verbrieft Regeln. Doch ich bin mir heute immer weniger sicher, wie viel den Arbeitgebern noch am sozialen Frieden liegt. Wieder einmal sollen die Arbeitenden allein für die Krise bezahlen. So geht die Arbeitgeberlogik. Nur: Hier müsste, zumindest in einer funktionierenden Demokratie, die Politik den Ausgleich erzwingen. Das wäre ihre Rolle. Wäre. Die obszöne Realität ist, dass die Banken von den KMU 8 oder 10 Prozent Zins für ihre Kredite kassieren, während die Arbeitenden Fronarbeit leisten müssen.

Schweiz für alle.

Da müsste Politik beginnen. Tut sie nichts, wird der hohe Preis in scharfen sozialen Auseinandersetzungen bestehen. Doch der soziale Ausgleich ist nur ein minimaler Anfang. Wäre er geschafft, könnte Politik die Banken regulieren. Den öko-sozialen Umbau antreiben. Eine grosse Bildungsoffensive losstreten, mit Schwerpunkt Berufsbildung... Kurz: In diesem reichen Land müsste Politik die Chancen der Bürgerinnen und Bürger gegen die Interessen der Reichen und Mächtigen behaupten. Ihr Programm: Eine Schweiz für alle statt für wenige. So geht unser Vorhaben: Die Politik wieder zu einem Ort der Gestaltung machen. Also wirkliche Demokratie zurückgewinnen.

Corrado Pardini, Nationalrat.

Personen > Pardini Corrado. Wahlzeitung 2011.

Personen < Pardini Corrado. Nationalratswahlen 2011.doc.